

Pressemitteilung

Saarlouis, 28. Februar 2024

OSS Messenger- SLLV erwartet Aufklärung

Landesgeschäftsstelle
Lisdorfer Straße 21b
66740 Saarlouis
T. + 49 6831 - 4 94 40
F. + 49 6831 - 4 66 01
info@sllv.de
www.sllv.de

Mitglied im
dbb beamtenbund
und tarifunion saar

Nachdem die Ministerin heute Fehler beim Datenschutz des OSS Messenger eingeräumt hat, fordert der Saarländische Lehrerinnen- und Lehrerverband (SLLV) schnellstmöglich für Klarheit beim Datenschutz bei den Schulen und ihren Leitungen zu sorgen.

Die App OSS Messenger wurde den Schulen als datenschutzkonformes Instrument vom Bildungsministerium zur Nutzung an die Hand gegeben. Grund- und Förderschulen sowie deren Elternschaft sind sehr zufrieden damit und haben viel Energie und Initiative in die Einführung gesteckt.

Lisa Brausch, Vorsitzende des SLLV, fasst zusammen: „Für die Schulen bedeutete die Einführung des Messenger vor knapp 2 Jahren eine Menge Arbeit. Es dauerte mehrere Monate bis sich ein Großteil der Eltern angemeldet hatte und die App in den Schulen etabliert war. Mittlerweile stellt sie ein Kommunikationsmittel dar, auf das die Schulen nicht mehr verzichten möchten. Z.B. war sie eine große Hilfe im Januar als die notwendige Entscheidung über die Schließung der Schulen den Schulen erst am späten Nachmittag vom Bildungsministerium in die Eigenverantwortung der Schulen gelegt wurde. Eltern konnten unkompliziert informiert werden und mit Hilfe des Umfragetools war auch schnell klar, ob die Notwendigkeit einer Notbetreuung besteht.“

Der Verband fordert den Dienstherrn auf, für die Schulen Klarheit in Sachen Datenschutz zu schaffen und die Verantwortung hierfür zu übernehmen. Keinesfalls darf der Datenschutz für die App-Nutzung auf die Schulleitungen übertragen werden. Inhaltlich tragen diese selbstverständlich eine Mitverantwortung.

Den Meldungen zufolge soll eine Neuausschreibung des OSS-Messenger erfolgen. Hierzu fordert der SLLV Transparenz, umfassende Information und Konstanz für die Grund- und Förderschulen.

„Dass es datenschutzrechtlichen Klärungsbedarf gibt, darf nicht auf dem Rücken der Schulen ausgetragen werden und für diese keinesfalls die Einführung einer neuen App mit unzähligen Einverständniserklärungen der Erziehungsberechtigten und neuen Anmeldeverfahren bedeuten“, erklärt Lisa Brausch. „Wir erwarten, dass der Dienstherr Verantwortung übernimmt und sowohl Schulleitungen, Lehrkräfte als auch die Erziehungsberechtigten umfassend informiert.“